

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 24. November 2022

Birte Pauls:

Forschung zu Corona-Langzeitfolgen ausbauen

TOP 35+54: Modellprojekt zur integrierten Versorgung von Patientinnen und Patienten mit längerfristigen gesundheitlichen Folgen einer SARS-CoV-2 Infektion sowie Veränderte Lage, veränderte Herausforderungen (Drs. 20/379(neu), 20/413, ÄndA 20/446)

„In den letzten Wochen erreichten uns auf verschiedenen Wegen erschütternde Briefe von verzweifelten Menschen, die nach einer Covid-19-Infektion unter sogenannten Long-Covid-Symptomen leiden. Kinder und Jugendliche, die bis zu ihrer Infektion ein ganz normales und gesundes Leben geführt haben und jetzt quasi zum Pflegefall werden, weil nichts mehr geht. Männer und Frauen, die bis zu einer Corona-Infektion mitten im Leben standen, kerngesund und ohne jegliche Einschränkungen ihren Berufen nachgekommen sind, Familien organisiert, sich in Gemeinde oder Organisationen engagiert haben und nach der Infektion nicht mehr in der Lage, sind 100 Meter zu gehen. Die Symptome sind sehr vielschichtig, weshalb die Diagnosestellung schwierig ist. Die Betroffenen leiden unter Muskelschmerzen- und Schwäche, Herzrasen, Brainfog, starker Müdigkeit, maximalen Erschöpfungszuständen, Konzentrationsschwäche, Gedächtnisverlust, Verlust des Geschmacks – und Geruchssinnes. Aber sie eint alle eines: Sie fühlen sich nicht ernst- und wahrgenommen. Viele Symptome gleichen denen des chronischen Fatigue Syndrom (CFS), eine schwere neuroimmunologischen Erkrankung. Und auch diese Betroffenen fühlen sich nicht ernstgenommen.

Das Leben der Betroffenen ist oft bis zur Berufsunfähigkeit ohne Teilhabe und erheblichen Mehrkosten massiv eingeschränkt. Sie werden oft falsch beraten oder therapiert und müssen Behandlungen zum Teil selber zahlen. Dankenswerterweise gibt es von Seiten der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein ein „Ärzt Netzwerk Long Covid“. Das UKSH hat in einer Studie namens „Covidom“ 1400 Menschen nach einer Corona-Infektion untersucht. Das Problem ist, dass man die Corona -Langzeitfolgen nicht eindeutig nachweisen kann. Es gibt kein Röntgenbild oder keinen Laborwert, der eindeutig nachweist, dass es sich um Corona-Langzeitfolgen handelt. Deshalb benötigen wir mehr Forschung und vor allem Anlaufstellen, in denen das Wissen um Long- und Post-Covid gebündelt wird, die den Bedarfen der Erkrankten gerecht werden, Entwicklungen wissenschaftlich begleiten und zielführende Therapien entwickeln.

Damit komme ich zu dem Antrag der Koalition. Der Antrag von CDU und Grünen folgt dem Muster der letzten Wochen - nämlich eine bereits durchgeführte Maßnahme der Landesregierung anschließend zu beantragen. Abgesehen davon finde ich es zu diesem Zeitpunkt verkehrt, die Isolationspflicht ersatzlos zu streichen. In den letzten Tagen hatten wir ca. 1150 Neuinfektionen pro Tag. Wenn wir davon ausgehen, dass 15% der Menschen an Long-Covid erkranken, so wie es auch die deutsche Gesellschaft für Pneumologie und Beatmungsmedizin berechnet hat, dann fallen davon ca. 172 Menschen langfristig in Beruf, Familie, Ehrenamt aus. Ich frage mich, ob es angesichts dieser Zahlen nicht sinnvoller ist, Infektionen zu vermeiden, als sie zusätzlich zu befeuern.

Entgegen der immer wieder selbst wiederholten und eigentlich richtigen Haltung, nämlich einen Flickenteppich bei der Umsetzung von Maßnahmen zu vermeiden, prescht die Landesregierung vorbei an allen anderen Norddeutschen Ländern, und verbrüdet sich dabei mit Bundesländern, deren Landesgrenzen nicht unsere sind. Das mag ein Politikum sein, es ist aber keine bürgerorientierte Politik. In unseren Nachbarbundesländern mit hohen Pendlerströmen, gilt die Isolationspflicht weiterhin. Niedersachsen hat sie sogar gerade verlängert

Wohne ich in Schleswig-Holstein darf ich mich mit einem positiven Test frei und in Innenräumen mit einer FFP2 Maske bewegen. Allerdings darf ich nicht nach Hamburg, Niedersachsen oder Mecklenburg-Vorpommern, weder privat noch dienstlich. Denn dort gilt weiterhin die Isolationspflicht. Wohne ich in Hamburg und arbeite in Schleswig-Holstein muss ich mit einem positiven Test 5 Tage zu Hause bleiben.

Das erinnert mich ein wenig an die Zeit, wo man als Jogger gewisse Routen im Hamburger Rand nicht laufen durfte. Ich dachte, wir hätten in knapp 3 Jahren dazu gelernt. Jetzt können wir also mit einem positiven Test mit FFP2-Maske zur Arbeit und zur Schule. Ich befürchte, es wird ein „jetzt müssen wir positiv zur Arbeit“. Wer krank ist, bleibt zu Hause. Richtig! Aber wer keine Symptome hat, kann trotzdem die Kollegen anstecken.

Mir persönlich würde nicht einfallen, mit einem positiven Test zur Landtagssitzung zu kommen. Aber sehr viele Arbeitnehmenden sind dazu gezwungen, z.B. weil sie ausschließlich nach Stundenlohn bezahlt werden, oder weil die ohnehin vorhandene Personalknappheit sie moralisch zwingt. Ein positiver Test löst nicht automatisch eine Krankschreibung aus. Gut wäre es, wenn man ein Recht auf Isolation hätte und dadurch weder Arbeitgebenden noch Arbeitnehmenden zusätzliche Kosten oder Fragen oder Druck entstehen würden. Selbst im viel zitierten Dänemark, gilt die Aufforderung sich in mit einem positiven Test für 5 Tage in Selbstisolation zu begeben, egal ob mit oder ohne Symptome.“